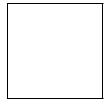
SATZUNGSRECHT DER STADT WETTER (HESSEN)



I. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung

gültig ab 01.01.2002

I. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung

Aufgrund des § 5 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 01.04.1993 (GVBl. 1992 I, S. 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.12.1999 (GVBl. 200 I, S. 2 ff.) und des

§ 10 Abs. 5 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 09.10.1962 (GVBl. S. 437), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1998 (GVBl. I, S. 562) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wetter (Hessen) in ihrer Sitzung am 30.01.2001 folgenden 1. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung beschlossen:

1.) § 13 erhält folgenden Wortlaut:

§ 13 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - 1. entgegen § 5 den Straßen, Rinnen, Gräben und Kanälen, Spül-, Haus-, Fäkal- oder gewerbliche Abwässer zuleitet,
 - 2. entgegen § 6 Abs. 1 und Abs. 2 die Straßen nicht oder nicht regelmäßig reinigt,
 - 3. entgegen § 6 Abs. 5 den Straßenkehricht nicht ordnungsgemäß beseitigt,
 - 4. entgegen § 9 die dort genannten Einrichtungen nicht jederzeit von allem Unrat oder den Wasserabfluss störende Gegenständen, auch von Schnee und Eis, freihält,
 - 5. entgegen § 10 Abs. 1 bei Schneefall die Gehwege und Überwege innerhalb der in § 10 Abs. 7 genannten Zeiten nicht unverzüglich vom Schnee räumt,
 - 6. entgegen § 10 Abs. 3 keinen Zugang zur Fahrbahn und zum Gründstückseingang räumt.
 - 7. entgegen § 10 Abs. 6 die Abflussrinnen bei Tauwetter nicht vom Schnee freihält,
 - 8. entgegen § 11 Abs. 1 bei Schnee- und Eisglätte die Gehwege, die Überwege, die Zugänge zur Fahrbahn und zum Grundstückseingang nicht innerhalb der in § 10 Abs. 7 genannten Zeiten unverzüglich so bestreut, dass Gefahren nicht entstehen können,
 - 9. entgegen § 11 Abs. 2 bei Eisglätte die Gehwege nicht in voller Breite und Tiefe, die Überwege nicht in einer Breite von 2 m abstumpft,
 - 10. entgegen § 11 Abs. 5 aufgetautes Eis nicht ordnungsgemäß beseitigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 1.000,00 €geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.

(3) Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1, Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Magistrat.

2.) § 14 erhält folgenden Wortlaut:

§ 14 Inkrafttreten

Diese Nachtragssatzung tritt am 01.01.2002 in Kraft. Gleichzeitig treten die entsprechenden §§ der Straßenreinigungssatzung vom 25.01.1994 außer Kraft.

35083 Wetter (Hessen), 30.01.2001

Der Magistrat der Stadt Wetter (Hessen)

gez. Rincke Bürgermeister

Veröffentlicht 19.10.2001 Wetteraner Bürgerblatt Ausgabe Nr. 42